

einige Straßenzüge sind überflutet und werden evakuiert, doch etliche Bewohner weigern sich, ihre Häuser zu verlassen.

„Mit nassen Füßen haben die Leute gerechnet“, sagt Mueller, „aber viele haben Angst vor Einbrüchen und Plünderungen.“ Im Gegensatz zu den Raubzügen nach Hurrikan Andrew in Florida im vorigen Jahr seien jedoch nur vereinzelt flutbedingte Straftaten angezeigt worden.

Vor allem zwei Fragen bewegen die Menschen: Wer soll das alles bezahlen, und sollen sie in Überschwemmungsgebiete zurückkehren?

Die Schäden werden mittlerweile auf zehn Milliarden Dollar beziffert, knapp drei Milliarden hat der Kongreß bereits



Bootsfahrer Shook
„Liebe zum Fluß“

bewilligt. Über die Kompensation von Flutschäden ist ein ebenso erbitterter Streit entflammt wie über die Effizienz der Versicherungen.

Diejenigen, die Jahr für Jahr ihre Prämie bezahlt haben, fühlen sich betrogen, wenn Haushalte ohne Versicherung nun reichlich aus dem hochverschuldeten Staatsbudget bedient werden. Für Bewohner gefährdeter Gebiete wird eine Zwangsversicherung diskutiert.

In Grafton, einige Meilen flußaufwärts von Alton, versieht Jack Shook seinen Dienst als Bootsfahrer. Die Gemeinde hat diesen Service, ein Gratiswassertaxi mit Funktelefon, für die Zeit der Überschwemmung eingerichtet.

„Viele sagen, daß sie weg wollen“, sagt der pensionierte Berufssoldat. Aber die Welt sehe wieder ganz anders aus, wenn der Wasserpegel erst einmal falle. Bei der

großen Überschwemmung im Jahr 1973 habe es auch erst nach einem umfangreichen Exodus ausgesehen, aber dann seien doch fast alle geblieben.

Unvernunft? „Ich glaube, eher Liebe zum Fluß.“

In West Alton, unterm Zeltdach der Heilsarmee, plant auch der junge Wehrpflichtige Randy McCullon die Rückkehr in sein dauerbedrohtes Domizil. „Wenn das Wasser sinkt, mußt du jeden Tag hinaus und den Schlamm aufwirbeln. Damit der Fluß wieder mitnimmt, was er gebracht hat.“

Die Alteingesessenen stimmen ihm zu. Allan Wunderlich, ebenfalls von der Inspektionstour zurück, sagt lachend, ein Gutes habe die Flut immerhin: „Danach wird mein Haus frei sein von Ameisen.“ □

Japan

Revolution von oben

Die Einparteiherrschaft ist zu Ende – ein Wandel, der von der Elite eingeleitet wurde.

Michio Watanabe, 69, bis vergangenen April als Vizepremier und Außenminister einer der mächtigsten Männer in Tokio, hatte eine furchtbare Vision: Die angeblich unvergleichliche ostasiatische Archipel-Nation könne so werden „wie Italien“.

Dann würde „die Regierung ständig wechseln; die Wirtschaft in völliger Unordnung sein, die Zahl der Diebe und Bettler steigen, Überfälle und Vergewaltigungen werden zunehmen“.

Um dieses Horrorszenario zu verhindern, so warb der konservative Watanabe um Japans Wähler, müsse wie in den vergangenen 38 Jahren auch künftig die Liberaldemokratische Partei (LDP) an der Regierung für Ruhe, Ordnung und den eigenen Wohlstand sorgen.

Die Wähler aber ließen sich durch rechte Untergangspropheten nicht schrecken. Erstmals seit ihrer Gründung 1955 ertlitt die Clique der liberaldemokratischen Dauerherrscher eine solche Abfuhr, daß sie auf Dauer um ihre Pfründe bangen muß.

Am vorigen Donnerstag trat Ministerpräsident Kiichi Miyazawa als LDP-Vorsitzender zurück. Sein Nachfolger wird in geheimer Wahl und nicht hinter verschlossenen Türen bestimmt, so zwangen es junge LDP-Abgeordnete.

Hat damit endlich der Pluralismus im Land der aufgehenden Sonne trium-



Newcomer Hosokawa*, Hata: Aufrühr

phiert? Ist das Ende der Demokratie genannten Einparteiherrschaft in Sicht und damit die Auflösung der engen Symbiose von Wirtschaft, Politik und Bürokratie, die den westlichen Konkurrenten USA und Europa so mißfällt?

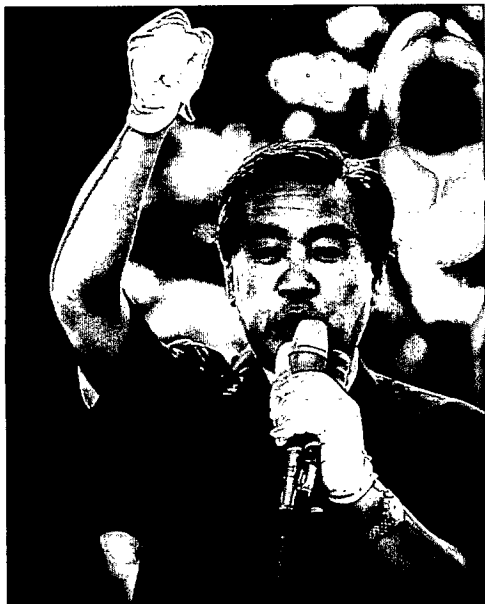
Zum erstenmal könnte es eine Regierung ohne die LDP geben. Sieger der Unterhauswahl wurden kleine Parteien, unbekannte politische Größen noch, die von der LDP abgesplittet sind. Sie haben nur zwei Gemeinsamkeiten: Sie führen das Etikett „neu“ („shin“) im Parteinamen, und sie sind sich einig im Willen, die LDP, der die meisten ihrer Abgeordneten bis vor kurzem selbst noch angehörten, von der Macht auszuschließen.

„Nie zuvor in der japanischen Parlamentsgeschichte seit 1890“, meint der Soziologe Hideaki Maeda von der Komazawa-Universität, „hat eine Wahl die Parteienlandschaft so nachhaltig verändert.“

Während die LDP die absolute Mehrheit erstmals deutlich verfehlte, eroberten von den jetzt 511 Unterhaussitzen die Newcomer auf Anhieb mehr als ein Fünftel:

- ▷ Die „Erneuerungspartei“ (Shinseito) gewann 55 Mandate. Ihr Vorsitzender, der frühere Finanzminister Tsutomu Hata, 57, macht sich Hoffnung, nächsten Monat im Parlament zum Chef einer großen Anti-LDP-Koalitionsregierung gewählt zu werden.
- ▷ Die „Neue Partei Japans“ (Nihon Shinto) zieht mit 36 Abgeordneten, lauter Neulingen, ins Unterhaus. Ihr Gründer und Chef Morihiro Hosokawa, 55, ein Querkopf, stammt aus uraltem Samurai-Adel.
- ▷ Die „Neue Partei Pionier“ (Shinto Sakigake), von zehn LDP-Renegaten gegründet, erhielt 13 Sitze. Ihr Boß

* Mit Kandidatin.



in die Politik gebracht

ist der langjährige Abgeordnete Masayoshi Takemura.

„Wir erleben die Geburtswehen einer neuen Epoche“, kommentierte der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Sadao Yamahana, die Erschütterung, die gerade seiner traditionellen Oppositionspartei die schlimmste Niederlage ihrer Geschichte bescherte: Sie verlor 66 von ursprünglich 136 Mandaten.

Ob allein der Zwang zu einer Koalitionsregierung genügt, um das verkrustete System aufzubrechen, bleibt indes fraglich. „Kurzfristig wird jede neue Regierung instabil sein und die japanische Politik in Aufruhr bleiben“, prophezeit Susumu Takahashi vom Japan Research Institute, „aber langfristig werden die nichtkommunistischen Parteien sich zu zwei großen politischen Blöcken zusammenschließen.“ Dies wäre die Voraussetzung für zukünftige demokratische Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition.

Der Wandel ging nicht so sehr vom Volk als von den traditionellen Führungsschichten selbst aus, es war eine Revolution von oben. Der Wirtschaft, bislang Hauptnutznießer der LDP-Aleinherrschaft, schien der plötzliche Absturz ihrer Führungsmacht nicht unangelegen zu kommen. „Politik ohne Alternative“, meint Shoji Shinagawa, Geschäftsführer des Japanischen Arbeitgeberverbandes, „ist das Schlimmste für unser Land. Das haben wir seit 1955 beobachten müssen.“

Die Manager hatten offenbar begriffen, daß die unangefochtene Dominanz einer Partei zu immer maßloseren Forderungen der LDP führte – und damit zwangsläufig in eine endlose Kette von Korruption und Skandalen.

Alle großen Wirtschaftsverbände hatten seit Jahrzehnten ausschließlich die

LDP mit Finanzmitteln ausgestattet. Keidanren, der Dachverband der Wirtschaftsorganisationen, teilte den einzelnen Branchen Zahlungsquoten zu, sammelte die Spenden ein und gab sie an die Politiker weiter.

Dieser geschlossene Kreislauf ist durchbrochen, nun gibt es zum erstenmal eine konservative Alternative.

„Unter den gegebenen Umständen“, sagt Rokuro Ishikawa, Präsident der Industrie- und Handelskammer, „können wir unsere Finanzmittel nicht mehr nur auf die LDP konzentrieren.“ □

Italien

Werkzeug der Folter

Zwei Selbstmorde bringen die Richter, bisher Volkshelden im Kampf gegen die Korruption, in Bedrängnis.

Gegen 8.45 Uhr wurde der Butler unruhig – ganz wider seine Gewohnheit war der Hausherr nicht zum Frühstück erschienen. Wenig später fand ihn der Bedienstete im Schlafzimmer: Raul Gardini, der einstige Chef der gigantischen Agrarindustriegruppe Ferruzzi, lag sterbend auf seinem Bett im Mailänder Palazzo Gioiello. Er hatte sich am Freitag morgen voriger Woche eine Kugel in den Kopf geschossen.

Einen Tag zuvor hatte ihn ein früherer Mitarbeiter schwer belastet. Giuseppe Garofano, Ex-Präsident des Chemiekonzerns Montedison, der Ferruzzi gehört, sagte vor Untersuchungsrichtern im Mailänder Gefängnis Opera aus, Gardini habe illegale Zahlungen in Millionenhöhe an die Regierungsparteien angeordnet.

Nur wenige Minuten von dem feudalen Stadtpalais entfernt wurde am selben Vormittag das Totenamt für einen Mann gefeiert, mit dem Gardini das wohl ertragreichste Geschäft seines Lebens ausgehandelt hatte: Gabriele Cagliari, 67, ehemaliger Präsident des staatlichen Energiekonzerns Eni.

Er hatte sich drei Tage vorher in der Untersuchungshaft

getötet – mit einer Plastiktüte, die er über den Kopf gestülpt und dann zugezogen hatte.

Gardini und Cagliari waren die Hauptakteure bei der Fusion eines staatlichen und eines privaten Chemie-giganten – Enim und Montedison – im Jahr 1988. Verdächtig schnell handelten die beiden dann auch wieder die Trennung aus; für den Rückverkauf der 40 Prozent Enim-Anteile kassierte Gardinis Montedison mehr als drei Milliarden Mark.

Dabei sollen Cagliari und Gardini den Wert der Aktien gewaltig nach oben manipuliert haben. Ein Teil des Gewinns ging vermutlich als Spende an die Sozialistische Partei.

Die spektakulären Selbstmorde schreckten ganz Italien auf. Hatte die Justiz ihre Aktion „Saubere Hände“ überzogen? Ließ sie Beschuldigte unnötig lange im Gefängnis schmachten? Der Druck auf die Richter nahm zu, im Kampf gegen die Korruption des politischen Establishments Zurückhaltung zu zeigen.

In dramatischen Briefen an seine Familie und an seine Anwälte – schon Wochen vor dem Selbstmord verfaßt – erhob Cagliari schwere Anklagen gegen die Mailänder Ermittler.

„Die Untersuchungsrichter betrachten das Gefängnis als Werkzeug der psychologischen Folter“, schrieb er. Ziel seiner Peiniger sei es, „Zusammenarbeit zu erpressen“ und „jeden von uns zu zwingen, unwiderruflich mit dem sozialen Umfeld zu brechen“.

Cagliari sei im Gefängnis über einen Monat lang „vergessen worden“, be-



Korruptionsverdächtiger Gardini
Kugel in den Kopf